DuD Report

Redaktion: Helmut Reimer

- DSB Berlin: Bürgerrechte im Einwohnerregister stärken!
- Bundesregierung beschließt übergreifende Strategie zur Verwaltungsmodernisierung
- Internetdatenbanken datenschutzgerecht gestalten!
- AN.ON-Server des ULD beschlagnahmt
- 7. Symposium des BfDI: „Datenschutz in der Telekommunikation und bei Telediensten“
- BMBF: Die Hightech-Strategie für Deutschland
- TeleTrust: Anwendung einer vertrauenswürdigen Trusted-Computing-Technologie
- Postbank erweitert die Zusammenarbeit mit TC TrustCenter
- CrypTool in Version 1.4.00
- Signtrust übernimmt die Trustcenter-Dienste für DATEV
- TC Code Signing ermöglicht sichere Software Downloads
- Studie: Jugendliche sind im Netz leichtsinnig
- Postini: Anstieg von Directory Harvest Attacks auf Firmen E-Mails
- Veranstaltungsbesprechungen
 - Fachkonferenz Datenschutz 2006 am 4. Juli 2006 in Berlin
 - Sommerakademie 2006 am 28. August 2006 in Kiel
 - Internationales Symposium „Datenschutz und Datensicherheit bei Internet-Telefonie / Voice over IP“ am 4. September 2006 in Berlin
- Buchbesprechungen
 - Gola, Peter: Datenschutz im Call Center
 - Witt, Bernhard C.: Datenschutz an Hochschulen, Ein Praxishandbuch für Deutschland am Beispiel der Universitäten Baden-Württembergs
- Veranstaltungskalender

DSB Berlin: Bürgerrechte im Einwohnerregister stärken!

Längst überfällig ist die Anpassung des Meldegesetzes an die bundesrechtlichen Vorgaben.

Sie wird seit Jahren von dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gefordert. Am 28. August 2006 hat sich der Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin in seiner letzten Sitzung vor den Abgeordnetenhauswahlen am 17. September 2006 mit dem Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Meldegesetzes (Drs. 15/5097 vom 5. Mai 2006) befasst.

Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Alexander Dix, hat in der Sitzung gefordert, drei für den Datenschutz wichtige Punkte im Gesetz zu berücksichtigen:

- Der Bürger soll auf Antrag von der Meldebehörde erfahren dürfen, welcher Stelle sie eine sog. einfache Melderegisterauskunft erteilt hat, zu der der Name und die Anschrift des Bürgers gehören. Bislang wird eine solche Auskunft nicht erteilt. Dies widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung des Betroffenen. Er soll künftig nachvollziehen dürfen, wer Informationen über ihn erhalten hat. Sein Auskunftsrecht zählt zu den zentralen Datenschutzrechten.
- Dem Bürger soll ermöglicht werden, der Meldebehörde eine Vertrauensperson zu benennen, die im Unglücks- oder Todesfall zu benachrichtigen ist. Diese Daten würden zu seinem Datensatz im Melderegister gespeichert. In der Vergangenheit wurde häufig öffentlich kritisiert, dass das Meldegesetz hierfür keine Möglichkeit vorsieht.
- Der Bürger soll künftig bei An- oder Ummeldung entscheiden können, ob seine Daten von der Meldebehörde an Adressbuchverlage weitergegeben werden und in welcher Form (gedruckt oder elektronisch) diese Daten veröffentlicht

werden dürfen. Bislang kann er dem nur widersprechen. Wird nun seine Einwilligung verlangt, setzt er sich eher mit den Risiken dieser technischen Entwicklung auseinander. Dazu gehört auch die von vielen als Plage empfundene Belästigung durch unerwünschte Direktwerbung.

Helmut Reimer

Bundesregierung beschließt übergreifende Strategie zur Verwaltungsmodernisierung

Die Bundesregierung hat am 13. September 2006 das Programm Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen einschließlich des Programms E-Government 2.0 beschlossen. Mit diesem Programm legt das Bundesministerium des Innern eine übergreifende Strategie zur weiteren Modernisierung der Bundesverwaltung vor.

Hierzu erklärt Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: „Gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, der rasante technologische Wandel und die schwierige Haushaltslage stellen die Bundesverwaltung vor wachsende Herausforderungen. Wir begreifen sie aber auch als Chance, die wir nutzen wollen, um den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten und für den Wirtschaftsstandort Deutschland wichtige Entwicklungen voranzutreiben.“

Einfache und schnelle Kommunikationswege sowie integrierte und standardisierte Prozesse werden die Verwaltungen in den nächsten Jahren nachhaltig verändern. Das bedeutet vor allen Dingen auch, dass die Verwaltung schnell und in der vom Bürger gewünschten Art und Weise erreichbar ist. Internet und moderne Technologien ermöglichen neue Formen der Zusammenarbeit und Aufgabenteilung. Einheitliche Ansprechpartner und organisationsübergreifende Geschäftsprozesse müssen Wirklichkeit werden. Hierzu werden wir eine enge elektronische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung einführen, aber